

Frankreich stoppt Evakuierungen aus Gaza wegen antisemitischer Beiträge

Frankreich stoppt alle Evakuierungen aus Gaza nach angeblichen antisemitischen Beiträgen einer palästinensischen Studentin. Der Fall wirft Fragen zur politischen Reaktion auf.



Die französische Regierung hat entschieden, eine Studentin aus **Gaza** auszuweisen, die beschuldigt wird, angeblich antisemitische Inhalte in ihren sozialen Medien geteilt zu haben. Diese Maßnahme wurde von dem französischen Außenminister Jean-Noël Barrot am Freitag angekündigt, während die Empörung über die Beiträge der Studentin wächst. Außerdem werden alle Evakuierungen aus dem Gebiet gestoppt.

Die Entscheidung der französischen Regierung

„Sie muss das Land verlassen. Sie hat keinen Platz in Frankreich“, erklärte Barrot in einem Interview mit dem Radiosender France Info. Dabei ließ er offen, ob die Behörden die Studentin wieder nach **Gaza** zurückführen werden.

Politische Reaktionen und Konsequenzen

Der Vorfall hat eine politische Kontroverse ausgelöst und beherrscht die französische Medienberichterstattung. Der Innenminister bezeichnete die Inhalte der Studentin als “Hamis-Propaganda.” Barrot stellte fest, dass die französische und israelische Überprüfung vor der Ankunft der Studentin in Frankreich die “antisemitischen und inakzeptablen” Beiträge nicht aufgedeckt hatte. Er fügte hinzu, dass alle französischen Evakuierungen aus Gaza bis zur Klärung des Falls ausgesetzt werden.

Humanitäre Lage in Gaza

Frankreich hat seit den Hamas-Angriffen auf Israel am 7. Oktober 2023 Hunderte von Menschen aus Gaza evakuiert. Barrot hatte erst am Dienstag erklärt, dass Frankreich große Anstrengungen unternimmt, um hungernde Journalisten der französischen Nachrichtenagentur AFP aus dem Enklave zu retten. Das Außenministerium hat noch nicht bekannt gegeben, ob diese Evakuierungen fortgesetzt werden.

Reaktionen der Universität

Die Universität der Studentin, Sciences Po Lille, nannte die umstrittenen Beiträge, die zur Kündigung der Immatrikulation führten, nicht direkt, stellte jedoch fest, dass der Inhalt “in direktem Widerspruch” zu ihren Werten steht. In einer Mitteilung auf X bezeichnete die Universität die Bekämpfung aller Formen

von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung sowie jeglichen Aufrufen zur Hassankündigung als Teil ihrer Grundsätze.

Politische Stellungnahmen

Das französische Ministerium für Hochschulbildung und Forschung erklärte, dass die Kommentare der Studentin als "extrem" eingestuft werden müssen. Minister Philippe Baptiste äußerte sich auf X: „Frankreich muss keine internationalen Studierenden aufnehmen, die Terrorismus, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Antisemitismus befürworten. Egal ob sie aus Gaza oder anderswo kommen, internationale Studierende, die solche Aussagen vertreten oder weitergeben, haben keinen Platz in unserem Land.“

Ausblick auf rechtliche Schritte

Weitere hochrangige Minister haben die Empörung über die Beiträge der Studentin zum Ausdruck gebracht und erklärt, dass die Angelegenheit nun den Justizbehörden übergeben wurde. Die laufenden Entwicklungen zeigen, wie sensibel das Thema Antisemitismus und die gesellschaftliche Verantwortung in Frankreich sind.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)